

Zeitschrift: Wohnen

Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger

Band: 91 (2016)

Heft: 10: Energie

Artikel: Bern bleibt grün

Autor: Loderer, Benedikt

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-658376>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bern bleibt grün

Von Benedikt Loderer

Im hochehrwürdigen Rathaus der Stadt und Republik Bern hielt die Planergilde der ETH Zürich Hof. Die Talentschmiede MAS Raumplanung, also die Geisteswerkstatt, wo die künftigen Raumplanerinnen und Raumplaner ausgebildet werden, zeigte ihrer Zöglinge Hirnschmalz. Das ist ein Ritual, das die Darsteller, sprich die Studis, akademisch beleuchtet und die Zuschauerinnen und Zuschauer bestätigt. Das ist auch völlig in Ordnung so: Denke Kluges und sprich darüber.

Selbstverständlich ist die Verdichtung das grosse Thema der Raumplanerlehringe. Diesmal haben sie es am Beispiel der Stadt Bern geprobt. Die vier Projekte, die sie präsentierte, sind für diese Kolumne weniger interessant als das politische Umfeld, in dem heute solche Untersuchungen stattfinden. Bevor nämlich über Verdichtung überhaupt geredet werden darf, gilt eine nirgends festgelegte Regel, die aber unumstößlich ist: die Sicherung der Freiflächen.

Bern bleibt grün, Winterthur ebenso, das Genfer Umland auch und alle andern Schweizer Städte sowie. Auch die Agglomeration bleibt grün. Was heute grün ist, ist heilig. Die Verdichtung darf nichts offiziell Grünes fressen, sonst wird sie in der Urne versenkt. Das nennt man im Politjargon Akzeptanz, der Stadtwanderer übersetzt: Womit gewinnt man eine Volksabstimmung? Indem man zum Beispiel, um in Bern zu bleiben, das Viererfeld halbiert, eine der letzten grossen Baulandreserven. Eine Hälfte für die zeitgenössische Stadt, von der noch niemand weiß, was das ist, die andere für einen Park, der die Jogger, die Hündeler, die Anwohnerinnen und Anwohner, die Mir-heis-ja-so gäbig-hie befriedigt.

Das funktioniert, die Abstimmung kam durch. Auf dem ganzen Viererfeld ein Stück wirklich dichte Stadt zu bauen,

hat sich niemand getraut. Grad so wie, um in Bern zu bleiben, in Brünnen, wo die Planer vor dem eigenen Mut Angst kriegten und der neuen Stadt, die sie propagierten, eine viel zu niedrige Dichte verordneten, weil sie ahnten, fürchteten, sicher wussten oder halt nur die Hosen voll hatten, sie würden die Abstimmung verlieren.

Woran sich der Neubau anpassen soll, das haben die Richter nicht gesagt, ist ja im Wirrwarr der Agglomeration auch schwierig herauszufinden. Warum haben die Richter so entschieden? Eine mögliche Erklärung wäre, mal nachzuprüfen, wie die fünf Bundesrichter, die da nein sagten, selber wohnen. Es könnte ja sein, dass diese Oberschichtler sich, ohne es zu

merken, innerlich gesagt haben: In einem so grossen Blockrand könnte ich nie wohnen, schliesslich bin ich ein akademisches Individuum, das nicht in einen Ringling eingepasst werden kann, ergo passt das Projekt nicht nach Züri Höngg.

Erzähle niemand dem Stadtwanderer, dass wie Bundesrichter wohnen das Mass des Wohnens schlecht hin sei. Erzähle ihm niemand, dass nicht auch Genossenschaftsvorstände kleine Bundesrichter seien. Wie viele neuartige, schlaue, durchdachte Projekte sind nicht an den Vorständen der Baugenossenschaften gescheitert, die wussten, wie das Wohnen geht, die festhielten, eine Wohnung ist ein Gefäss für das Normalleben, sprich familienweise. Wie ich, Vorstandsmitglied lebe, so sollen auch die Genossenschafterinnen und Genossenschafter leben. Ich, Vorstandsmitglied, habe dreissig Jahre Erfahrung, und meine Abrechnungen waren immer tipp-topp in Ordnung. Ich, Vorstandsmitglied, bin ein anständiger Mensch. Das muss doch für anständigen Wohnungsbau genügen, oder?

Was sagen die künftigen Raumplanerinnen und Raumplaner dazu? Sie sind immer noch aufrichtige und aktive Vertreter der praktischen Vernunft. Sie glauben an Ursache und Wirkung, rechnen zusammen und weisen nach. Das ist notwendig, aber nicht ausreichend für wirklich guten Wohnungsbau. Dass man nicht von sich auf andere schliesst, kommt noch dazu. ■



Stadtwanderer, Architekt und Publizist
Benedikt Loderer schreibt in *Wohnen* zweimonatlich
über ein aktuelles Thema.

Damit ist klar: Verdichtung muss im Bestand veranstaltet werden. Doch auch das ist eher Programm als Wirklichkeit. Es ist allen im Quartier längst klar: Im Prinzip ja, bei uns hingegen nein. Verdichtung ist immer für die anderen. Grad so wie beim Ringling in Zürich Höngg, den das Bundesgericht versenkt hat. Die Nachbarinnen und Nachbarn gingen auf die Barrikaden. Der mächtige Wohnblock passte nicht ins Quartier. Der lockere Agglomerationscharakter werde verunreinigt. Alle Einsprecher betonten, selbstverständlich seien auch sie für das Überbauen, aber nicht so. Im Grunde aber wollten sie, dass die Wiese vor ihrer Nase grün bleibt.

Das Bundesgericht hat ihnen Recht gegeben, der Block passte nicht ins Quartier.